

DOI: 10.5771/0342-300X-2019-3-158

# Rechtspopulismus in der Arbeitswelt – eine Herausforderung für Gewerkschaften

KLAUS DÖRRE, GUDRUN LINNE, DIETER SAUER

Mit dem Einzug der AfD in die Länderparlamente und den Bundestag hat die in vielen Ländern beobachtbare rechtspopulistische Offensive sichtbar auch die Bundesrepublik erreicht. Für das politische System des Landes markieren die Wahlerfolge der „Neuen Rechten“ eine Zäsur. Durch sie erhalten Deutungsmuster einen parteipolitischen Ausdruck, die sich zuvor eher als Unterströmung in der Zivilgesellschaft und demokratischen Organisationen bemerkbar machten. Über die Ursachen dieser Entwicklung wird wissenschaftlich wie politisch heftig gestritten. Wo die einen von einer Mittelschichtenrevolte sprechen, sehen andere bereits neue rechte Arbeiterparteien am Werk. Sind für die einen vor allem kulturelle Spaltungen und Privilegienverteidigung ausschlaggebend, erkennen die anderen im Rechtspopulismus einen verzerrten Sozialprotest, welcher der Unzufriedenheit über ungerechte Verteilung, der Angst vor prekären Lebenslagen und sozialem Abstieg politisch Ausdruck verleiht.

Was an solchen Debatten befremdet, ist das ausschließende Entweder-Oder, mit dem sie häufig operieren. Vieles deutet darauf hin, dass es nicht *die eine* Erklärung für die rechtspopulistische Offensive gibt. Bekannt ist, dass „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (Wilhelm Heitmeyer) seit Langem in der Mitte der Gesellschaft vorhanden ist. Bekannt ist auch, dass im Vergleich zu allen anderen Bundestagsparteien mit der AfD sympathisierende Gruppen die größte Einkommensspreizung aufweisen. Zugleich erzielen die Rechtspopulisten bei Erwerbslosen, Arbeitern und Beschäftigten mit einfachen Tätigkeiten überdurchschnittlich gute Wahlergebnisse. Fremdenfeindliche, ressentimentgeladene Haltungen finden sich jedoch auch in der betrieblichen Arbeitswelt und unter Gewerkschaftsmitgliedern. Das ist vielfach belegt, wurde öffentlich aber über Jahre nahezu ignoriert und hat 2018 in den Medien vor allem wegen des Auftauchens rechtsoppositioneller Betriebsratslisten für Aufmerksamkeit gesorgt. Weitaus bedeutsamer ist aber, dass es mittlerweile selbst unter gewerkschaftlich aktiven Beschäftigten und Betriebsräten Sympathien für die populistische Rechte gibt. Gewerkschaftliches und betriebliches Engagement mit Unterstützung für die AfD, Pegida oder andere Organisationen der radikalen Rechten zu verbinden, ist für relevante Gruppen offenbar kein Widerspruch.

Mit diesem Schwerpunkttheft der WSI-Mitteilungen wollen wir uns an der Suche nach Ursachen und Erklärungen beteiligen. Im Fokus stehen Erfahrungsberichte und wissenschaftliche Analysen, die den in öffentlichen Debatten häufig vernachlässigten Bereich der Arbeitswelt ins Zentrum rücken. Die hier versammelten Beiträge nehmen aus unterschiedlichen Perspektiven Erfahrungen aus der betrieblichen und gewerkschaftlichen Praxis in den Blick. Anders als die häufig spekulativ und mit normativem Überschuss geführte Debatte beruhen die wissenschaftlichen Beiträge auf intensiver empirischer Recherche. Sie bieten unterschiedliche Erklärungsansätze an. Rechtspopulistische Orientierungen werden u. a. als Ausdruck zunehmender sozialer Spaltungen in der Arbeitswelt, als verdrängte Klassenproblematik, Abwertung von Arbeitern und Ostdeutschen, anhand

erodierender Leistungsgerechtigkeit und nicht zuletzt mit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus erklärt. Das alles sind Ursachen, die in der betrieblichen Arbeitswelt einen Nährboden finden. Die Praxisbeiträge dokumentieren Überlegungen zu Gegenstrategien, wie sie von Gewerkschaften und Interessenvertretungen entwickelt und erprobt werden.

Darin übergreifenden Populismus-Debatten ähnlich, liegt den im Schwerpunkttheft versammelten Beiträgen keine einheitliche Rechtspopulismus-Definition zugrunde. Rechtspopulismus wird je nach Ansatz anhand von alltäglichen Denkschablonen, diskriminierenden Praktiken, Nähe zu radikal rechten Organisationen, an Ideologemen der „Neuen Rechten“ oder auch an Programmatik und Politik von Organisationen festgemacht, die sich im Übergangsfeld von Nationalkonservatismus und Rechtsextremismus bzw. Neonazismus bewegen.

Die Bandbreite der dokumentierten Problemdiagnosen und Erklärungen verdeutlicht, dass wir uns hinsichtlich der analytischen Durchdringung des Phänomens und vor allem bei der Suche nach wirksamen Gegenstrategien erst am Anfang befinden. Der Anspruch des Schwerpunkttheftes ist es deshalb, Diskussionen anzuregen, nicht aber abschließende Antworten zu bieten. Trotz begrenzter Reichweite und Erklärungskraft der präsentierten Befunde ist eines klar: Die Gewerkschaften werden sich auf eine Auseinandersetzung einstellen müssen, die ihnen nicht nur diskursive Kraft, sondern auch einen langen Atem abverlangt, mit ihren Mitteln der Tarif- und Betriebspolitik gegen Abwertungserfahrungen in der Arbeitswelt anzutreten, aus denen die Rechtspopulisten ihren Zuspriech speisen. Dies ist eine Aufgabe, die ihnen keine andere zivilgesellschaftliche Organisation abnehmen kann. Darin liegt nicht nur eine große Herausforderung, sondern auch die Chance, das politische Gewicht der Gewerkschaften und ihre besondere Verantwortung für Demokratie in Arbeitswelt, Politik und Gesellschaft erneut sichtbar zu machen. ■

## KONZEPT UND KOORDINATION DES SCHWERPUNKTHEFTES

**KLAUS DÖRRE**, Prof. Dr., lehrt Arbeits-, Wirtschafts- und Industriesoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

@ klaus.doerre@uni-jena.de

**GUDRUN LINNE**, Dr., leitet die Redaktion der WSI-Mitteilungen.

@ gudrun-linne@boeckler.de

**DIETER SAUER**, Prof. Dr., ist Sozialwissenschaftler am Institut für sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) in München.

@ dieter.sauer@isf-muenchen.de